



## Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

TransnetBW GmbH  
[REDACTED]  
Heilbronner Str. 51-55  
70173 Stuttgart

Per E-Mail vorab: [REDACTED]

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
24.03.2023

Mein Zeichen, meine Nachricht vom  
4.14.03.02/23-001

☎ (02 28)  
14-[REDACTED]  
oder 14-0

Bonn  
22.06.2023

## Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Heizkraftwerk 2 am Standort Altbach/Deizisau

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

TransnetBW GmbH, Heilbronner Str. 51-55, 70191 Stuttgart, vertreten durch die  
Geschäftsführung

- Antragstellerin -

unter Beteiligung

der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Schelmenwasenstr. 15, 70567 Stuttgart, vertreten  
durch die Geschäftsführung

- Beigeladene -

wegen

...

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Heizkraftwerks 2 (Netto-Nennleistung gesamt: 388 MW) mit den Anlageteilen Dampfturbine (BNA0019; Brennstoff: Steinkohle) sowie Gasturbine E (BNA0015; Brennstoff: Erdgas) am Standort Altbach/Deizisau hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 22.06.2023 entschieden:

Der Antrag der Antragstellerin auf Genehmigung der Ausweisung des Kraftwerksblocks Heizkraftwerk 2 mit den Anlageteilen Dampfturbine und Gasturbine als systemrelevant im Sinne von § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG wird vom 03.03.2024 bis zum 31.03.2031 genehmigt.

### **Gründe:**

#### **I.**

Mit Schreiben vom 02.03.2023 zeigte die Beigeladene bei der Bundesnetzagentur an, die im Jahr 1997 in Betrieb genommene Anlage Heizkraftwerk 2 (im Folgenden: HKW 2) am Kraftwerksstandort Altbach/Deizisau mit Errichtung der neuen GuD-Anlage am Kraftwerksstandort („Heizkraftwerk 3“, im Folgenden: HKW 3) nicht mehr am Markt einzusetzen und zum rechtlich frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens voraussichtlich jedoch zum 31.03.2027, ohne Konservierungsmaßnahmen außer Betrieb zu nehmen. Der Kraftwerksneubau von HKW 3 befindet sich gegenwärtig in der Planungs- und Genehmigungsphase. Der Block soll über eine Netto-Nennleistung von rund 680 MW verfügen und nach jetzigem Planungsstand im ersten Quartal 2027 in Betrieb gehen.

Die Antragstellerin teilte der Bundesnetzagentur mit Schreiben vom 24.03.2023 mit, die Anlage HKW 2 als systemrelevant ausgewiesen zu haben, mindestens bis zum 31.03.2031, und beantragte bei der Bundesnetzagentur, diese Ausweisung zu genehmigen. Zur Begründung der Systemrelevanz verweist die Antragstellerin auf die Ergebnisse der Langfristanalyse der Übertragungsnetzbetreiber (im Folgenden: ÜNB) aus dem Jahr 2023, wonach die Anlage HKW 2 in beiden betrachteten Netzausbauszenarien in der jeweiligen Grenzsituation des Betrachtungszeitraums vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031 von den ÜNB zum Redispatch herangezogen werde. Weiter hebt die Antragstellerin die hohe Bedeutung der Anlage für den sicheren Netzbetrieb hervor. So sei die Anlage über den Netzverknüpfungspunkt Altbach über zwei Stromkreise eng mit dem übrigen 380 kV-Netz in der Umgebung verbunden und habe eine gute Wirksamkeit zur Entlastung der Kuppelleitungen zwischen dem Netz der Antragstellerin und dem der Amprion GmbH sowie der Tennet TSO GmbH. Auch stelle die gesicherte Leistung der Anlage mit Blick auf die altersbedingten Einschränkungen des Netzreserveparks sowie die notwendigen Netzausbau- und Kraftwerksneubauprojekte einen wichtigen Freiheitsgrad dar, der die Vorhaltung gesicherter Leistung im Ausland reduziere. Die Antragstellerin befürworte, auch nach Inbetriebnahme der Neuanlage HKW 3, den Weiterbetrieb von HKW 2 zur Vermeidung eines Mangels an Redispatchleistung

zur Gewährleistung der Netzstabilität. Der Weiterbetrieb werde auch befürwortet, obwohl aufgrund immissionsschutzrechtlicher Vorgaben HKW 2 nach Inbetriebnahme von HKW 3 nur in der Zeit zwischen 06:00 Uhr und 22:00 Uhr sowie einer Stundenbegrenzung von 3000 Stunden pro Jahr betrieben werden dürfe.

Um die Versorgung des auf reinen Erdgasbetrieb umzurüstenden Kraftwerksblocks zu gewährleisten, sei eine verbindliche Kapazitätsreservierung durch die Beigeladene gemäß § 16 Abs. 4 der Kooperationsvereinbarung der in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzbetreiber in der Fassung vom 12.08.2022 spätestens bis zum 15.07.2023 erforderlich.

Die Bundesnetzagentur leitete auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG ein.

Der Beigeladenen wurde mit Schreiben vom 26.04.2023 mitgeteilt, dass sie im Rahmen des Genehmigungsverfahrens Gelegenheit hat, eine Stellungnahme abzugeben. Von dieser Möglichkeit machte die Beigeladene mit Schreiben vom 05.05.2023 Gebrauch. Sie erklärte, im Fall der Genehmigung des Ausweisungsantrags Zahlungsansprüche auf Basis von § 13c Abs. 3 EnWG gegenüber der Antragstellerin geltend zu machen, insbesondere jene Kosten, die im Vorfeld des Stilllegungsverbots anfallen und zur Vorbereitung der Anlage für den Betrieb in der Netzreserve entstünden (Maßnahmen zur Herstellung der Betriebsbereitschaft). Die Beigeladene teilte mit, dass ein Weiterbetrieb der Anlage HKW 2 über den 31.03.2027 hinaus aufgrund der Genehmigung von HKW 3 und bereits heute bekannter immissionsschutzrechtlicher Randbedingungen nur dann möglich sei, wenn die Anlage ausschließlich auf den Betrieb mit Erdgas umgerüstet und im Tagbetrieb von 06:00 – 22:00 Uhr sowie einer Betriebsstundenzahlbeschränkung von 3000 Stunden pro Jahr betrieben werde. Um die Anlage für den Einsatz in der Netzreserve betriebsbereit zu machen, plane die Beigeladene, den Kraftwerksblock vollständig auf den Betrieb mit Erdgas umzustellen. Sie könne jedoch keine Gewähr dafür übernehmen, dass durch diese Maßnahme die Betriebsbereitschaft tatsächlich hergestellt werde. Auf Basis der aktuellen Rechtslage erachte die Beigeladene den Umbau von HKW 2 auf Erdgas als immissionsschutzrechtlich genehmigungsfähig, weise aber darauf hin, dass es dazu noch keine detaillierten Behördengespräche gegeben habe und die Rechtslage sich noch ändern könne. Es sei noch nicht absehbar, ob etwaige Nebenbestimmungen zu einer Genehmigung über die vollständige Umstellung von HKW 2 auf Erdgas umsetzbar seien bzw. wie sich diese auf die Betriebsbereitschaft der Anlage auswirken könnten. Unter den aktuell bekannten Randbedingungen sei eine vollständige Erdgasumstellung in einem überschaubaren Zeitraum von wenigen Monaten grundsätzlich machbar. Anzumerken sei jedoch, dass bei einer später erforderlichen Detailplanung für den Erdgasumbau Herausforderungen auftreten könnten, die einen Umbau erschweren, verlängerten oder sogar unmöglich machten. Die Beigeladene werde für derartige Risiken keine Verantwortung oder Haftung übernehmen. In einem solchen Fall seien

bereits entstandene bzw. nicht mehr abwendbare Kosten der Beigeladenen, die aus Vertragsbeziehungen mit Dritten resultierten, von der Antragstellerin zu erstatten.

Schließlich weist die Beigeladene darauf hin, keinen Einfluss auf die Verfügbarkeit von Erdgas zur Versorgung von HKW 2 zu haben.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen.

## II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks HKW 2 am Standort Altbach/Deizisau ist beginnend ab dem 03.03.2024 bis zum Ablauf des 31.03.2031 stattzugeben, denn er ist zulässig und aufgrund des Vorliegens der Genehmigungsvoraussetzungen nach § 13 Abs. 5 S. 4, Abs. 2 S. 2 EnWG auch begründet.

Der Kraftwerksblock HKW 2 ist systemrelevant gemäß § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG, denn der Wegfall der Erzeugungsleistung von HKW 2 im Zuge der Inbetriebnahme des geplanten Blocks HKW 3 am Kraftwerksstandort Altbach/Deizisau würde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen und diese Gefährdung oder Störung könnte nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden.

### 1.

Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit der Anlage in besonderen Situationen kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind oder zu besorgen ist, dass die Haltung der Netzstabilität durch die ÜNB nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann.

Nach Rechtsprechung des OLG Düsseldorf ist eine Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems gegeben, wenn die jeweilige Anlage in der bedarfsdimensionierenden Stunde (sog. Grenzsituation) der maßgeblichen Systemanalyse der ÜNB zum Redispatch herangezogen wird (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 73 f.).

Vorliegend durfte die Antragstellerin die Systemrelevanzausweisung von HKW 2 auf das Ergebnis der Analyse der ÜNB für den Betrachtungszeitraum vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031 stützen, die Bestandteil der Langfristanalyse 2030 der ÜNB aus dem Jahr 2023 ist.

Der Vortrag der Antragstellerin ist zutreffend, dass die Anlage in beiden von den ÜNB untersuchten Grenzsituationen zum Redispatch eingesetzt werden.

In der Analyse werden zwei unterschiedliche Szenarien zum Netzausbauzustand betrachtet. In Variante A wird für den Betrachtungszeitraum ein ambitionierter Netzausbauzustand unterstellt, in Variante B wird ein konservativer Netzausbauzustand angenommen. In der jeweils bedarfsdimensionierenden Grenzsituation der Netzausbauvarianten wird die Anlage HKW 2 von den ÜNB zum Redispatch eingesetzt.

In Netzausbauvariante A (ambitionierter Netzausbauzustand) fällt die Grenzsituation in Stunde 249 des Betrachtungszeitraums 2030/2031. Selbst unter dieser optimistischen Annahme über die Geschwindigkeit des Netzausbaufortschritts müssen die ÜNB zur Gewährleistung der Netzstabilität in dieser Situation in nicht unerheblichem Umfang Redispatchmaßnahmen durchführen. Der Gesamtreispachbedarf beträgt hierbei 14,7 GW (der Gesamtreispach in der Grenzsituation 2023/2024 liegt bei 19,5 GW).

Die bedarfsdimensionierende Stunde in Netzausbauvariante B (konservativer Netzausbauzustand) liegt in Stunde 273. In dieser Starkwind-/Starklast-Situation beträgt die Nachfrage in Deutschland 116 GW. Aufgrund der niedrigen Großhandelspreise infolge hoher Windeispeisung stellen sich vergleichsweise hohe Exporte in die westlich und südlich gelegenen europäischen Nachbarstaaten bei gleichzeitig hohen Importen aus den nördlichen Nachbarstaaten ein. Dies führt zu vergleichsweise hohen Leitungsbelastungen in Nord-Süd-Transportrichtung im Übertragungsnetz in Deutschland. In dieser Stunde liegt der notwendige Gesamtreispach bei einer Leistung von 34,5 GW.

## 2.

Es ist rechtskonform, dass die Antragstellerin die Systemrelevanz bis zum 31.03.2031 auf Grundlage der Langfristanalyse 2030 ausgewiesen hat.

a) Die Antragstellerin kann die Systemrelevanz von HKW 2 mit dem Ergebnis der Langfristanalyse 2030 über die Redispatch-Anforderung der Anlage in der jeweils bedarfsdimensionierenden Grenzsituation des Betrachtungszeitraums 2030/2031 begründen. Gemäß § 13b Abs. 2 S. 3 EnWG soll der ÜNB die Notwendigkeit der Ausweisung einer systemrelevanten Anlage im Fall einer geplanten Stilllegung u.a. anhand der Systemanalyse der Betreiber von Übertragungsnetzen begründen. Bei der Langfristanalyse 2030 handelt es sich inhaltlich um eine Systemanalyse im Sinne des § 3 Abs. 1 und 2 NetzResV. Der Unterschied ist zunächst sprachlicher Natur. Die Bezeichnung Langfristanalyse soll kenntlich machen, dass der Betrachtungszeitraum, der untersucht wird, vergleichsweise weit in der Zukunft liegt. Das methodische Vorgehen der ÜNB bei der Erstellung der Langfristanalyse 2030 und ihr inhaltlicher Aufbau entsprechen dem der Systemanalyse. Wie im Fall der Systemanalyse werden vor Erstellung der Analyse die Eingangsparameter

und Szenarien zwischen der Bundesnetzagentur und den ÜNB abgestimmt bzw. von der Bundesnetzagentur freigegeben.

Allerdings besteht ein Unterschied in der Verfahrensgestaltung. Die Systemanalyse sieht eine ausdrückliche Prüfung und Bestätigung durch die Bundesnetzagentur vor, bevor die ÜNB einen zusätzlichen Netzreservebedarf kontrahieren können. Bei der Langfristanalyse ist eine solche Prüfung und Bestätigung durch die Bundesnetzagentur im Verfahren nicht vorgesehen. Die Regelung über die Bestätigung der Systemrelevanz i.S.d. § 13b Abs. 5 S. 9 EnWG verlangt keine Veröffentlichung eines Prüfungs- und Ergebnisberichts seitens der Bundesnetzagentur.

Allerdings handelt es sich bei der Bezugnahme auf die Systemanalyse nach § 3 NetzResV um eine „soll“-Regelung. Das erspart den ÜNB aufwändige Prüfungen und eigenständige Modellierungen in Bezug auf einzelne zur Stilllegung angemeldete Kraftwerksblöcke.

So liegt es auch hier mit der Bezugnahme der ÜNB auf die Langfristanalyse. Vor Erstellung der Analyse sind sämtliche Eingangsparameter und Szenarien von der Bundesnetzagentur freigegeben worden. Daneben haben die ÜNB die Analyse im Einklang mit der zwischen Bundesnetzagentur und ÜNB vereinbarten Methodik erstellt.

Für die Bundesnetzagentur ist nicht ersichtlich, dass die ÜNB in Bezug auf die Langfristanalyse anders oder weniger sorgfältig vorgegangen wären als im Rahmen des § 3 NetzResV. Die mit der gleichen Methodik wie die Systemanalyse erstellte und mit abgestimmten Eingangsparametern erfolgte Langfristanalyse bietet daher die gleiche Gewähr für eine sachliche Begründung der Systemrelevanz im Sinne des § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG.

Daher darf davon ausgegangen werden, dass die Aussage, die in Rede stehenden Anlage sei in der bedarfsdimensionierenden Stunde für den zur Systemstabilität notwendigen Redispatch benötigt worden, inhaltlich völlig korrekt ist. Die Berechnungen der ÜNB zeigen, dass HKW 2 in der jeweiligen Grenzsituation der beiden Netzausbauvarianten zum Redispatch angefordert wird (siehe oben unter 1.).

Damit liegt das materiell entscheidende Kriterium für die Systemrelevanz nach § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG, dass die Stilllegung der Anlage mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde und dies nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden kann, vor.

b) Die Systemrelevanzausweisung ist wirksam, obgleich zwischen dem Datum der geplanten endgültigen Stilllegung von HKW 2 am 31.03.2027 und der für die Ausweisung der Systemrelevanz entscheidenden Grenzsituation des Betrachtungszeitraums der Langfristanalyse vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031 mehr als 24 Monate (Regeldauer der Systemrelevanz) liegen. Denn gemäß § 13b Abs. 5 S. 9 EnWG ist eine Ausweisung der Systemrelevanz auch rechtskonform, wenn

diese erst für einen Zeitpunkt nachgewiesen werden kann, der nach dem Zeitraum von 24 Monaten, beginnend ab dem Datum der geplanten endgültigen Stilllegung, liegt. Diesen Nachweis kann die Antragstellerin durch Vorlage der Langfristanalyse 2030 bzw. das dort enthaltene Ergebnis über den Redispatcheinsatz von HKW 2 in der jeweiligen Grenzsituation des Betrachtungszeitraums 2030/2031 führen.

Diese Betrachtungsweise liegt insbesondere im Interesse der Beteiligten, denn sie erhält dadurch sehr frühzeitig Kenntnis von den sie treffenden Rechten und Pflichten und kann sich damit rechtlich, technisch und ökonomisch auf eine entsprechende Perspektive einstellen. Würde man diese Sichtweise nicht teilen, wäre eine Ausweisung der Systemrelevanz immer nur kurzfristig innerhalb des Jahreszeitraumes nach § 13b Abs. 1 S. 1 EnWG auf Basis der dann vorliegenden Systemanalysen möglich. Das wäre für alle Beteiligten nur nachteilig.

### 3.

Zutreffend geht die Antragstellerin davon aus, dass die geplante Außerbetriebnahme von HKW 2 mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als *sicher* feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind (vgl. OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 89 f.). Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden. Würden die Netzengpässe, die durch die Einspeisung von HKW 2 verhindert werden, tatsächlich auftreten, könnte dies zu einer thermischen Überlastung der Betriebsmittel der ÜNB anschließenden Ausfällen des Netzes führen.

### 4.

Es ist rechtskonform, dass die Antragstellerin die Systemrelevanzausweisung auf die gesamte verfügbare Nennleistung des Kraftwerksblocks HKW 2 erstreckt. Die aus der Systemrelevanzausweisung folgende Stilllegungsuntersagung gegenüber der Beigeladenen bezieht sich zwar auf die jeweilige konkrete Anlage. In der Sache geht es aber um die für die Systemstabilität entscheidende verfügbare Leistung der Anlage. § 13b Abs. 5 Ziffer 3 EnWG ist nicht so zu verstehen, dass die es darauf ankäme, die Anlage unverändert weiterbetreiben zu können. Solange die Beteiligte in der Lage ist, mit Maßnahmen die im Rahmen der Verhältnismäßigkeit liegen (die in der Regel

durch die Erstattung entstehender Kosten herbeigeführt wird) den Weiterbetrieb der Anlage zu ermöglichen, kann dies von ihr verlangt werden.

Im vorliegenden Fall wäre es der Beigeladenen zwar aufgrund der Verletzung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben der Betriebsgenehmigung der Neuanlage HKW 3 unmöglich, ihre aus § 13b Abs. 5 S. 11, Abs. 4 S. 3 EnWG folgende Verpflichtung zur Herstellung bzw. Vorhaltung der Betriebsbereitschaft, d.h. der Vorhaltung der Nennleistung von HKW 2 zu erfüllen, wenn sie den steinkohlebefeuernten Anlagenteil weiterbetriebe. Allerdings ist sie in der Lage, ihrer Pflicht zur Betriebsbereitschaftshaltung der als systemrelevant ausgewiesenen Nennleistung nachzukommen, indem sie die Befeuerung für den Betrieb der Dampfturbine änderte und die Anlage auf den ausschließlichen Betrieb mit Erdgas umstellte. Da nach dem Vortrag der Beigeladenen diese Umrüstung technisch möglich ist und HKW 2 hierdurch künftig im Einklang mit immissionsschutzrechtlichen Vorgaben (während der Zeit von 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr) betrieben werden kann, lässt sich aus der Pflicht zur Herstellung bzw. Vorhaltung der Betriebsbereitschaft ableiten, dass die Beigeladene verpflichtet ist, diese Umrüstung durchzuführen.

Aus der Pflicht zur Herstellung bzw. Vorhaltung der Betriebsbereitschaft der gegenwärtigen Nennleistung von HKW 2 nach dem geplanten Stilllegungsdatum der Anlage lässt sich auch ableiten, dass die Beigeladene verpflichtet ist, die hierzu erforderlichen Maßnahmen zur sicheren Versorgung der Anlage mit Erdgas zu treffen. Dieser Verpflichtung kommt die Beigeladene nach, wenn sie gemäß § 16 Ziffer 4 der Kooperationsvereinbarung der in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzbetreiber (KoV) spätestens bis zum 15.07.2023 eine verbindliche Kapazitätsanfrage bei dem Anschlussnetzbetreiber stellt und diese bei Verfügbarkeit in erforderlichem Umfang bucht. Sollten die angefragten Kapazitäten nicht verfügbar sein, besteht die Verpflichtung gemäß § 16 Ziffer 5 KoV, die erforderlichen Kapazitäten verbindlich zu bestellen und zu buchen.

## **5.**

Aus § 13b Abs. 5 S. 1 EnWG folgt, dass das Stilllegungsverbot aufgrund der vorliegenden Genehmigung der Systemrelevanzausweisung nach Ablauf der in der Stilllegungsanzeige vom 02.03.2023 genannten Frist von 12 Monaten eintritt, also am 03.03.2024. Die Antragstellerin hat die Systemrelevanz von HKW 2 zutreffend bis zum 31.03.2031 ausgewiesen, da bis zu diesem Zeitpunkt gemäß der Langfristanalyse die Vorhaltung der Anlage (mindestens) erforderlich ist, um im Sinne des § 13b Abs. 5 S. 8 EnWG die Gefährdung der Systemstabilität abzuwenden.

## **6.**

Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 S. 4 EnWG der Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen ist, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.



## **Rechtsbehelfsbelehrung**

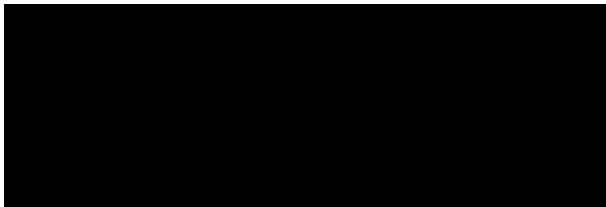
Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 22.06.2023

Im Auftrag



(Referat 626 -Versorgungssicherheit Strom)